

## **Antwort**

### **der Bundesregierung**

#### **auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Ulla Jelpke, Heidi Lippmann und der Fraktion der PDS – Drucksache 14/2936 –**

#### **Soldatische Traditionsverbände und Pressemeldung über Mittel aus dem Bundeshaushalt für ein Seminar in Aachen**

In ihrer Ausgabe vom Dezember 1999 kündigt die Zeitung „Soldat im Volk“, herausgegeben vom „Verband deutscher Soldaten“ (VDS) und „Ring deutscher Soldatenverbände“ (RDS), ein europapolitisches Seminar vom 4. bis 6. April 2000 in Aachen an. Dieses Seminar, schreibt „Soldat im Volk“, sollte ursprünglich im niederländischen Valkenburg stattfinden, gemeinsam geplant „mit niederländischen Kameradinnen und Kameraden“. Weiter heißt es im Text: „Es musste jedoch wegen der Bezuschussung in eine deutsche Stadt verlegt werden.“ („Soldat im Volk“, Dezember 1999). Die Zeitung „Aachener Nachrichten“ meldete dann, dass diese Veranstaltung von der Bundeszentrale für politische Bildung gefördert wird (Aachener Nachrichten, 8. Februar 2000).

Es passt ins Bild, dass ausgerechnet in dieser Dezember-Ausgabe der Zeitung „Soldat im Volk“ ein Bericht enthalten ist, in dem gegen die Errichtung eines Holocaust-Mahnmals in Berlin polemisiert wird. In „Soldat im Volk“ wird „zu diesem leidigen Thema“ vorgeschlagen, schon aus Kostengründen das Holocaust-Mahnmal in Berlin nicht zu bauen („Soldat im Volk“, Dezember 1999). Damit schließen sich die herausgebenden Verbände von „Soldat im Volk“ jenen rechtsextremen Organisationen an, die gegen die Errichtung eines Holocaust-Mahnmals in Berlin Sturm laufen.

In der Antwort auf die Kleine Anfrage „Die Traditionsverbände und der Rechtsextremismus“ (Antwort: Drucksache 14/1485) hat die Bundesregierung erklärt, ihr lägen „keine Erkenntnisse“ über eine mögliche rechtsextreme Ausrichtung der Zeitung „Soldat im Volk“ und der sie herausgebenden Verbände VDS und RDS vor. Die Bundesregierung musste aber auch einräumen, dass die Zeitung „Soldat im Volk“ nicht auf eine mögliche rechtsextreme Ausrichtung ausgewertet worden ist. Hinweisen auf eine rechtsextreme Durchsetzung dieses Verbandsblatts, wie sie beispielsweise in der Kleinen Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN „Soldatische Traditionsverbände und ihre Beziehungen zur Bundeswehr“ (Drucksache 13/10273) aufgeführt wurden, ist man offenbar nicht nachgegangen; gleichfalls wurden offenbar auch ähnliche

---

*Die Antwort wurde namens der Bundesregierung mit Schreiben des Bundesministeriums des Innern vom 31. März 2000 übermittelt.*

*Die Drucksache enthält zusätzlich – in kleinerer Schrifttype – den Fragetext.*

Hinweise aus der wissenschaftlichen Literatur über den Rechtsextremismus (wie z. B. Siegfried Jäger [Hrsg.] „Rechtsdruck. Die Presse der neuen Rechten“, Berlin/Bonn 1988, Kurt Hirsch, „Rechts von der Union“, München 1989, Bernd Wagner [Hrsg.] „Handbuch Rechtsextremismus“ Reinbeck 1994) ignoriert.

In der Antwort auf die Kleine Anfrage „Die Traditionsverbände und der Rechtsextremismus“ hat die Bundesregierung ebenfalls eindeutig festgestellt, dass keine Traditionsverbände der Waffen-SS dem VDS und dem RDS angehören (Drucksache 14/1485, Antwort zu Frage 6h).

1. Wer ist nach Kenntnis der Bundesregierung der tatsächliche Veranstalter des im „Soldat im Volk“ angekündigten Seminars vom 4. bis 6. April 2000 in Aachen?

Das Deutschland- und Europapolitische Bildungswerk NRW, Bahnhofstr. 4, 49545 Tecklenburg, hat als anerkannter Zuwendungsempfänger der Bundeszentrale für politische Bildung (BpB) einen Einzelantrag zur Förderung einer Bildungsmaßnahme gemäß den Richtlinien der BpB zur Förderung von Veranstaltungen der politischen Erwachsenenbildung für ein Seminar vom 4. bis 6. April 2000 in Aachen mit dem Thema: Die Niederlande und Deutschland: Zwei Nachbarn im gemeinsamen Haus „Versöhnung durch Begegnung“ gestellt.

Die Prüfung der Antragsunterlagen hat ergeben, dass es sich um keine Maßnahme der politischen Erwachsenenbildung im Sinne der Richtlinien handelt. Der Zuwendungsempfänger wurde über die Ablehnung unterrichtet.

2. Welche Kenntnis hat die Bundesregierung oder die Bundeszentrale für politische Bildung über die genauen Hintergründe der Verlegung des Veranstaltungsorts des Seminars aus dem niederländischen Valkenburg nach Aachen?

Die Bundesregierung hat keine Kenntnis davon, dass das vorgenannte Seminar ursprünglich im niederländischen Valkenburg durchgeführt werden sollte.

3. Wurden zuvor Mittel bei der Bundeszentrale für politische Bildung für das geplante Seminar in Valkenburg beantragt und handelte es sich dabei um denselben Veranstalter wie bei der Veranstaltung in Aachen?

Es wurden keine Mittel für ein in Valkenburg geplantes Seminar bei der BpB beantragt.

4. Wie viele Mittel wurden für dieses Seminar beantragt?

Es wurden Mittel in Höhe von insgesamt 4 500 DM für das in Aachen geplante Seminar beantragt.

## 5. Welche Referenten treten auf diesem Seminar auf?

Ausweislich des bei der Antragstellung vorgelegten Programms sollten u. a. folgende Referenten an dem geplanten Seminar teilnehmen:

Irma F. M. Grefte, DEPB

Major André Desenfants, Distriktkommandant Eupen, NeBeDe Ag-Pol

August Kohl, EUREGIO

Udo Kieback, Volksbund Deutscher Kriegsgräberfürsorge

## 6. Mit wie vielen Mitteln aus dem Bundeshaushalt hat die Bundesregierung in den letzten zehn Jahren

- den VdS,
- den RDS und
- „Soldat im Volk“

bezuschusst (bitte nach Zeitpunkt, Verwendungszweck, Zuwendungsgeber, Zuwendungshöhe auflisten)?

Der „Verband deutscher Soldaten“ (VdS), „Ring Deutscher Soldatenverbände“ (RDS) und die Zeitung „Soldat im Volk“ wurden von der Bundeszentrale für politische Bildung nicht gefördert.

Aus Mitteln des Verbandes der Reservisten der Bundeswehr e.V. (VdRBw) sind dem VdS folgende Beträge bereitgestellt worden:

Betrag	Datum	Veranstaltung
2 741,00	3.–4. September 1991	Medienseminar
2 778,01	11. Oktober 1995	Gesellschaftspolitisches Forum: Festveranstaltung 40 Jahre Bundeswehr (Gemeinsamer Ausschuss)
5 371,94	25.–26. September 1996	2. Gesellschaftspolitisches Forum
4 945,40	9.–10. Dezember 1996	Seminar Freiwillige Reservistenarbeit
415,60	15.–16. Oktober 1999	Seminar Freiwillige Reservistenarbeit (VdS und RDS)

Die Zeitschrift „Soldat im Volk“ wurde nicht bezuschusst.

Die Ausgaben erfolgten gemäß der Vereinbarung zur Zusammenarbeit und gegenseitigen Unterstützung in der Freiwilligen Reservistenarbeit im Rahmen des Beirats für Freiwillige Reservistenarbeit beim VdRBw, wonach für Aufgaben in der Freiwilligen Reservistenarbeit die im Beirat zusammengeschlossenen Verbände finanzielle Unterstützung aus Zuwendungen des Bundesministeriums der Verteidigung (BMVg) an den VdRBw anfordern können.

7. Wie kann die Bundesregierung eine rechtsextreme Durchsetzung und Ausrichtung der Zeitung „Soldat im Volk“ ausschließen, wie sie dies in ihrer Antwort auf die Kleine Anfrage „Traditionsverbände und der Rechtsextremismus“ getan hat, ohne Ausgaben dieser Zeitung ausgewertet zu haben?

Welche einzelnen Schritte der Prüfung hat es gegeben?

Konkrete Hinweise, die eine vertiefte Prüfung im Sinne der Fragestellung rechtfertigten, lagen zum damaligen Zeitpunkt nicht vor. Inzwischen wurden verschiedene Ausgaben der Publikation „Soldat im Volk“ ab dem Heft September 1999 ausgewertet. Dabei fanden sich einzelne tatsächliche Anhaltspunkte für einen rechtsextremistischen Hintergrund. So wird in Anzeigen für die revisionistische Schrift „Vierteljahreshefte für freie Geschichtsforschung“ (VffG) geworben. Probehefte der VffG sind der Anzeige zufolge über den von dem deutschen Holocaust-Leugner Germar Scheerer, geb. Rudolf, gegründeten Verlag „Castle Hill Publishers“, Großbritannien zu beziehen. Im Heft Oktober 1999 wird u. a. das Wirken von Holocaust-Leugnern verharmlost. Für eine abschließende Bewertung sind die bisherigen Auswertungsergebnisse jedoch noch nicht ausreichend.

8. Auf Grund welcher umfassenden und gewissenhaften Prüfungen kann die Bundesregierung eine geschichtsrevisionistische Ausrichtung dieser Zeitung ausschließen, wie sie dies in der besagten Antwort getan hat (Drucksache 14/1485, S. 5)?

Auf die Antwort zu Frage 7 wird verwiesen.

9. Auf Grund welcher umfassenden und gewissenhaften Recherchen bzw. Auskünften von Seiten des RDS und VDS kommt die Bundesregierung zu dem Schluss, dass keine Traditionsverbände der Waffen-SS Mitglied im RDS und VDS sind?

Mitglied im Verband deutscher Soldaten (VdS) und seinen Landesverbänden können Einzelpersonen werden; eine Mitgliedschaft von Verbänden ist nicht vorgesehen. Dagegen ist der Ring Deutscher Soldatenverbände (RDS) die Dachorganisation mehrerer Einzelverbände. Dem BMVg liegt eine Liste der Mitgliedsverbände vor, aus der hervorgeht, dass keine Traditionsverbände der ehemaligen Waffen-SS Mitglied sind.

10. Hat die Bundesregierung Hinweise über eine rechtsextreme Durchsetzung der Zeitung „Soldat im Volk“ und der sie herausgebenden Verbände VDS und RDS in der Literatur über den bundesdeutschen Neofaschismus sowie in der Kleinen Anfrage der Fraktion der PDS „Die Traditionsverbände und der Rechtsextremismus“ vom Juni 1999 und der Kleinen Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN „Die Traditionsverbände und ihre Beziehungen zur Bundeswehr“ vom April 1998 zum Anlass genommen, um diese Verbände auf eine rechtsextreme Ausrichtung hin zu prüfen?

Auf die Antwort zu Frage 7 wird verwiesen.